

Geschichte im Westen

Geschichte im Westen

Zeitschrift für
Landes- und Zeitgeschichte

begründet von Walter Först (†),
herausgegeben im Auftrag des Brauweiler Kreises
für Landes- und Zeitgeschichte e. V.

von Markus Köster
in Verbindung mit
Alfons Kenkemann, Sabine Mecking,
Georg Mölich, Christoph Nonn,
Martin Schlemmer und Daniel Schmidt

Schwerpunktthema:
Geschichte des Sports in
Nordrhein-Westfalen

Jahrgang 39
2024

KLARTEXT

Gedruckt mit Unterstützung
der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe



Qualität für Menschen



Für die Menschen.
Für Westfalen-Lippe.

Titelbild:
Jährliches Radrennen rund um den Stadtgarten
Castrop-Rauxel, September 1980
(Helmut Orwat / LWL-Medienzentrum für Westfalen)

„Geschichte im Westen“ erscheint einmal im Jahr:

KLARTEXT

Jakob Funke Medien Beteiligungs GmbH & Co. KG
Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen
info.klartext@funkemedien.de
www.klartext-verlag.de

Redaktion: Dr. Julia Volmer-Naumann, Münster/Genf
Satz und Umschlag: Medienwerkstatt Kai Münschke, Essen
Druck: Medienhaus Plump GmbH,
Rolandsecker Weg 33, 53619 Rheinbreitbach
© Klartext Verlag, Essen 2024
ISSN 0930-3286
ISBN 978-3-8375-2697-4

Zuschriften und Manuskripte an:

Prof. Dr. Markus Köster,
markus.koester@uni-muenster.de

Bezugsbedingungen:

Einzelheft 25,00 €, zzgl. Versandkosten
Bestellungen richten Sie bitte an Ihre Fachbuchhandlung
oder unmittelbar an den Verlag.

Inhalt

Schwerpunktthema:

Geschichte des Sports in Nordrhein-Westfalen

Markus Köster

Editorial 7

Ansgar Molzberger

Mehr als nur eine Großsportanlage

Geschichte und Entwicklung des Kölner Sportparks Müngersdorf 11

Axel Heimsoth

Stadion oder Kampfbahn?

Eine publizistische Debatte im Westen Deutschlands 35

Florian G. Mildenberger

Zurück in die gute alte Zeit?

Der Sportverband DJK Rhein-Weser nach 1945 69

Andreas Höfer

Wolfgang Graf Berghe von Trips

Eine Lichtgestalt des deutschen Sports? Eine biografische Skizze 95

Hans-Christoph Seidel

Jenseits des Fußballs

Die Entwicklung des „anderen“ Spiten- und Zuschauersports

in Nordrhein-Westfalen seit 1946 119

Niklas Hack/Mathias Schmidt

Digitaler Gedächtnisspeicher?

Zeitzeugen-Interviews als Zugang zum nordrhein-westfälischen Sport:

Das Oral History-Projekt „Menschen im Sport in NRW“ 147

Freie Beiträge außerhalb des Schwerpunktes

Martin Schlemmer

Der „Adel“ unter den Separatisten?

Der rheinische „Aristo-Separatismus“ und die Rheinstaatbestrebungen
in den Jahren 1918 bis 1923 169

Timo Nahler

„Vergessene Verfolgte“

(Zwischen-)Bilanz eines Forschungsprojekts zu marginalisierten
Verfolgten des Nationalsozialismus und der Nachkriegszeit in Münster . . 197

Markus Köster

Privates Glück und Propaganda

Amateurfilme als Spiegel der NS-Geschichte in Westfalen 223

Tagungsbericht

Oliver Schmidt

„Geschichte des Sports in Nordrhein-Westfalen“

Wissenschaftliche Jahrestagung des Brauweiler Kreises für
Landes- und Zeitgeschichte e. V., Köln 7.–8. März 2024 235

Autoren 239

Martin Schlemmer

Der „Adel“ unter den Separatisten?

Der rheinische „Aristo-Separatismus“ und die Rheinstaatbestrebungen in den Jahren 1918 bis 1923

Eigen- und Abtrennungsbestrebungen wecken bis in unsere Gegenwart hinein internationale Aufmerksamkeit, denken wir beispielsweise an die Regionen Katalonien und Schottland, jüngst und nicht zuletzt an die Ukraine mit der Halbinsel Krim und den Putins Russland nahestehenden „Separatisten-Republiken“ im Osten des Landes. Stets wird in diesem Zusammenhang mit dem Gedanken der Selbstbestimmung operiert, den auch Gegner wie Befürworter der Rheinstaatbestrebungen nach dem Ersten Weltkrieg für sich in Anspruch nahmen.¹ Weil es zudem einige Jahre nach den erfolglosen Bemühungen der Rheinstaatbefürworter während der Weimarer Republik dann nach dem Zweiten Weltkrieg zur Verwirklichung von westdeutschen (Bundes-)Ländern entlang des Rheins kam, ist es sinnvoll und wichtig, sich mit den „Vorläufer-Projekten“ zu befassen.

In diesem Beitrag ist die Rede von „Rheinstaatbestrebungen“ und rheinischem „Separatismus“, genauer gesagt vom sogenannten Aristo-Separatismus. Diese drei Begriffe sind erkläruungsbedürftig: der Separatismus, die Rheinstaatbestrebungen sowie die Frage danach, inwiefern gewisse Personen(kreise) als Aristokratie dieser Bemühungen zu betrachten sind. In einem ersten Schritt wird mit Hilfe einer Begriffsdefinition sowie eines chronologischen Abrisses ein Überblick über das Phänomen der Rheinstaatbestrebungen nach dem Ersten Weltkrieg geboten, bevor deren Entwicklung im Raum Köln fokussiert und nach den Hintergründen sowie den Protagonisten des „Aristo-Separatismus“ gefragt wird. Der Beitrag schließt mit einer zusammenfassenden Einordnung des Dargelegten in seinen historischen Kontext.

1 Vgl. hierzu Martin Schlemmer, Berlin, nein Danke? Die westdeutschen Loslösungsbestrebungen im Rheinland und in Westfalen nach dem Ersten Weltkrieg, in: Frank Bischoff/Guido Hitze/Wilfried Reininghaus (Hg.), Aufbruch in die Demokratie. Die Revolution 1918/19 im Rheinland und in Westfalen, Münster 2020, S. 185–237, hier S. 223–230.

1. Überblick über das Phänomen der Rheinstaatbestrebungen

1.1 Begriffliche Definition

Während die Rheinstaatbestrebungen für gewöhnlich unter den Begriff des „Separatismus“ subsumiert oder allenfalls in zwei Richtungen – nämlich (legale) Autonomiebestrebungen und (illegaler) Separatismus – eingeteilt werden, soll hier von einer differenzierteren Einteilung ausgegangen werden. Es ist zu unterscheiden zwischen (a) dem legalen Streben nach Autonomie (Ziel: Autonomie auf gesetzlichem Wege, also die Bildung eines Rheinstaates innerhalb des Reichsverbandes im Einvernehmen mit den Regierungen Preußens beziehungsweise des Reiches, später im Rahmen der Weimarer Reichsverfassung – Art. 18 WRV),² (b) dem illegalen Streben nach Autonomie (Ziel: Autonomie auf aktionistischem Wege, noch während der Besatzungszeit, etwa auf dem Wege einer Volksabstimmung in Eigenregie, also der Herbeiführung eines „Fait accompli“, notfalls auch gegen die Regierung(en), zum Teil auf illegalem Wege, was den Tatbestand des Hochverrates erfüllt hätte) sowie (c) dem Separatismus im eigentlichen Sinne (Ziel: Bildung eines vom Reich losgelösten, selbstständigen Rheinstaates „coûte que coûte“, insbesondere mit Duldung bzw. Unterstützung der Besatzungsmacht Frankreich).

Schon die zeitgenössischen Gegner der Rheinstaatbestrebungen hatten kein sonderlich ausgeprägtes Interesse an einer Differenzierung der einzelnen Spielarten des Rheinstaatgedankens. Das bewusste Ineinssetzen verschiedener Richtungen und Gruppierungen sollte der Diskreditierung sämtlicher Rheinstaatbefürworter dienen. Diese Strategie sollte sich als ebenso erfolgreich wie folgenreich erweisen: Das seitens der Gegner entworfene Bild wurde in der Folgezeit von Heimatforschung und Wissenschaft aufgegriffen und nicht selten bis in die Gegenwart tradiert. Daneben ist seit geraumer Zeit eine gegenläufige Tendenz auszumachen, nämlich die „Separatisten“ in nahezu romantisierend-verklärender Weise zu einer Art pazifistischer, antinationalistischer Vorkämpfer der Völkerverständigung, der Aussöhnung zwischen den „Erbfeinden“ Frankreich und Deutschland zu stilisieren. Was aber ist nun unter dem Begriff des „Aristo-Separatismus“ zu verstehen? Der Regierungspräsident zu Düsseldorf, der nach seiner Ausweisung in das unbesetzte Gebiet nach Barmen ausgewichen war, schreibt in

2 Art. 18 WRV ermöglichte die „Änderung des Gebiets von Ländern und die Neubildung von Ländern innerhalb des Reichs [...] durch verfassungsänderndes Reichsgesetz“. Vgl. Ernst Rudolf Huber (Hg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 4: Deutsche Verfassungsdokumente 1918–1933, Stuttgart/Berlin/Köln ³1992, Nr. 157, S. 154f.

seiner Verfügung an die Landräte und Oberbürgermeister seines Regierungsbezirks vom 6. Januar 1924:

„Lediglich nachrichtlich bringe ich zur Kenntnis, daß seit Ende November 1923 als neue, von den bisherigen Spielarten der separatistischen Bewegung völlig unabhängige, in den Zielen aber gleichgerichtete Abart des Separatismus der sog[enannte] Aristoseparatismus in der Bildung begriffen ist. Die Bewegung geht von Köln aus und steht in engstem persönlichen Zusammenhang mit dem Oberkommissar Tirard. Nähere Mitteilungen über die Personen werden nach Abschluß meiner Ermittlungen Ihnen zugehen. Ihr Organ ist das ‚Kölner Tageblatt‘.“³

Der Regierungspräsident setzte also den „Aristo-Separatismus“ von den übrigen Separatisten, etwa der Gruppe um den im Herbst 1923 als „Präsident“ der „Rheinischen Republik“ in Erscheinung getretenen Josef Friedrich Matthes ab, der seinen „Rheinischen Unabhängigkeitsbund“, wie es in dem vorgenannten Schreiben heißt, „neuerdings in ausgesprochen ultraproletarische Bahnen zu drängen versuch[e]“. In einem Bericht der Regierung Düsseldorf an den Minister des Innern in Berlin vom 6. Dezember 1923 heißt es: „In vertrauten Kreisen bezeichnet man diese jetzige Bewegung als die Garnitur erster Klasse im Gegensatz zu der Garnitur dritter Klasse der Matthes’schen Bewegung“.⁴

1.2 Chronologischer Abriss

Die Rheinstaatbestrebungen hatten ihren Ausgang unmittelbar nach Kriegsende im November 1918 und reichten in ihrer Zielsetzung von einer maßvollen Autonomie etwa in der Form eines „Reichslandes“ über einen autonomen Weststaat im Reichsverband bis hin zu Modellen eines offensiv propagierten Separatismus, der die Loslösung des Westens vom Reich bedeutet hätte. In diesem Zusammenhang ist es hilfreich, sich die Situation im Westen des Reiches mit verschiedenen Besatzungszonen seit Ende 1918 vor Augen zu führen.⁵ Dabei ist die zunächst

³ Verfügung des Regierungspräsidenten zu Düsseldorf an die Herren Landräte und Oberbürgermeister des Regierungsbezirks Düsseldorf persönlich vom 6.1.1924, in: Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland (LAV NRW R), BR 7, Nr. 17091, Bl. 21.

⁴ Bericht der Regierung Düsseldorf an den Minister des Innern in Berlin vom 6. Dezember 1923 (Entwurf), in: LAV NRW R, BR 7, Nr. 17091, Bl. 7r.

⁵ Vgl. zum Themenkomplex der Besatzung Martin Schlemmer, Die Weimarer Republik (1918–1933), <<http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/epochen/epochen/Seiten/1918bis1933.aspx>> (13.5.2024); sowie den Sammelband Benedikt Neuwöhner/Georg

gegebene Offenheit der Situation zu berücksichtigen, die bis zum Ende des Jahres 1919 durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles am 28. Juni 1919 sowie die Verkündung der Weimarer Reichsverfassung am 14. August 1919 in geordnete, wenngleich für viele der Betroffenen schmerzhafte Bahnen gelenkt wurde.

Die Bestrebungen zur Bildung eines von Preußen getrennten Rheinstaates resultierten aus unterschiedlichen Motiven und Zielen. Hinsichtlich der Sympathien für einen rheinischen oder rheinisch-westfälischen Staat existierten neben konfessionellen und politischen auch regionale Unterschiede. Dies gilt sowohl für das Rheinland selbst als auch für den Vergleich des Rheinlandes mit benachbarten Regionen. Daneben sind zeitliche Differenzen in der Ausbreitung der Rheinstaatbestrebungen auszumachen: Die Idee hatte im November 1918 – nachdem sie etwa am Mittelrhein schon gegen Ende des Krieges ventiliert worden war – ihren Ausgangspunkt in Köln, griff recht bald nach Koblenz und Trier über und fand schließlich auch in Aachen Anklang. In Rheinhessen plädierte Klaus Krämer schon im November 1918 für einen rheinischen Bundesstaat. Etwas später setzte sich der in Endenich geborene ehemalige preußische Staatsanwalt Hans Adam Dorten⁶ von Wiesbaden und Mainz aus für die Errichtung einer „Rheinischen Republik“ ein.⁷

Am 4. Dezember 1918 sorgte eine Versammlung rheinischer Zentrumskreise in Köln mit der Forderung nach einem rheinischen bzw. rheinisch-westfälischen Bundesstaat für Aufsehen.⁸ Bereits einen Monat zuvor, am 9. November, waren einige Zentrumspolitiker an den damaligen Oberbürgermeister von Köln, Konrad Adenauer, herangetreten, um mit diesem „die Möglichkeit einer anderen staats-

Mölich/Maike Schmidt (Hg.), *Die Besatzung des Rheinlandes 1918 bis 1930. Alliierte Herrschaft und Alltagsbeziehungen nach dem Ersten Weltkrieg*, Bielefeld 2020. Dort auch weiterführende Literaturangaben.

⁶ Vgl. zur Person Hans Adam Dortens (1880–1963) den knappen biographischen Überblick von Heinz Boberach, Dorten, Hans Adam, in: Wolfgang Benz/Hermann Graml (Hg.), *Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik*, München 1988, S. 67; Martin Schlemmer, Dorten, Hans Adam, in: NDB-online, veröffentlicht am 1.1.2024, <<https://www.deutsche-biographie.de/I18526960.html#dbocontent>> (19.4.2024).

⁷ Vgl. Erwin Bischof, *Rheinischer Separatismus 1918–1924. Hans Adam Dortens Rheinstaatbestrebungen*, Bern 1969, S. 39–47.

⁸ Eberhard Kolb spricht von einem „ersten Kulminationspunkt“ der Abtrennungsbestrebungen. Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19, Bd. 1: Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik. 19.12.1918–8.4.1919. Vom ersten zum zweiten Rätekongress, bearb. von Eberhard Kolb, Leiden 1968, Nr. 86, S. 634, Anm. 31.

rechtlichen Stellung der Rheinlande im Reich und in Preußen“⁹ zu erörtern. In der Folgezeit wurden weitere Rheinstaatpläne zur Diskussion gestellt,¹⁰ die von verschiedener Seite – in besonderer Weise aus Zentrumskreisen – Unterstützung erfuhren. Einen ersten Kulminationspunkt erreichten die Ereignisse in der Ausrufung einer „Rheinischen Republik“ durch Dorten am 1. Juni 1919 in Wiesbaden. Dieses Projekt brach allerdings aufgrund des hartnäckigen Widerstandes weiter Bevölkerungskreise, der Gewerkschaften, der Verwaltung sowie der etablierten Parteien binnen kürzester Zeit in sich zusammen. Die Zentrumsspitze distanzierte sich deutlich von jeglichem Aktionismus, der à tout prix auf die Bildung eines Rheinstaates hinzuwirken suchte.

Unabhängig von den aus zentrumsnahen Kreisen erwachsenen Rheinstaatbestrebungen konstituierte sich im August 1919 unter der Führung des ehemaligen USPD-Mitgliedes und Angehörigen des Kölner Arbeiter- und Soldatenrates Joseph Smeets ein „Rheinlandbund“, der von Beginn an keinerlei Hehl aus seinen separatistischen Absichten machte und sich im Januar 1920 in „Rheinisch-Republikanische Volkspartei“ umbenannte. Im Gegensatz zu den frühen Bestrebungen Dortens und dem in Köln lehrenden katholischen Universitätsprofessor, überzeugten Föderalisten und späteren NS-Opfer Benedikt Schmittmann ist Smeets nicht als Föderalist zu betrachten. Vielmehr erstrebte die Smeets-Richtung einen vom Deutschen Reich losgelösten, eigenständigen rheinischen Pufferstaat zwischen Frankreich und dem verhassten „Preußen-Deutschland“, dem sie das bessere, das „wahre“ Deutschland entgegenzusetzen gedachte.¹¹

Im Krisenjahr 1923 betrat mit dem gebürtigen Franken Josef Friedrich Matthes ein weiterer separatistischer Protagonist die politische Bühne, dem es gelang, in besonderem Maße Arbeiter und Erwerbslose für die separatistische Sache zu mobilisieren. Seine Agitation übertraf diejenige seiner Konkurrenten an Aggressivität und fand – von Düsseldorf ausgehend – im rheinisch-westfälischen Industrievier ihren größten Widerhall. Matthes, der den „Rheinischen Unabhängigkeitsbund ,Frei Rheinland“ ins Leben rief, konnte – ähnlich wie Doren und

9 Horst Lademacher, Die nördlichen Rheinlande von der Rheinprovinz bis zur Bildung des Landschaftsverbandes Rheinland (1815–1953), in: Franz Petri/Georg Droege (Hg.), *Rheinische Geschichte*, Bd. 2: Neuzeit, Düsseldorf³1980, S. 475–866, hier S. 693.

10 Martin Faßbender, der für das Zentrum in der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung saß, stellt die verschiedenen kursierenden Modelle in seiner umfangreichen, 1919 erschienenen Schrift „Westdeutschland – los von Preußen?“ dar. Vgl. Martin Faßbender, *Westdeutschland – los von Preußen? Allgemeine Betrachtungen – Umschau – Rückschau – Ausschau*, Berlin 1919, S. 19.

11 Vgl. etwa die Zitate Jos. Edmund Jörgs in der „Rheinischen Republik“ Nr. 34, 24.8.1922.

Smeets – prinzipiell mit dem Wohlwollen, zumindest aber mit der Duldung der französischen Besatzung rechnen.

Im August 1923, als der Zusammenhalt des Reiches aufgrund von Ruhrbesetzung, passivem Widerstand, galoppierender Inflation und hoher Arbeitslosigkeit gefährdet, eine separatistisch motivierte Aktion hingegen Erfolg versprechend schien, schlossen sich verschiedene rheinisch-aktionistische Gruppen zu einer „Vereinigten Rheinischen Bewegung“ zusammen, ohne dass damit programmatische oder personelle Unstimmigkeiten ausgeräumt gewesen wären. Seit dem 21. Oktober 1923 kam es dann, von Aachen ausgehend, in zahlreichen rheinischen Städten und in der Pfalz zu separatistischen Putschversuchen, welche die Ausrufung einer selbstständigen „Rheinischen Republik“ zum Ziel hatten. Sie zogen sich mancherorts – insbesondere im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und in der Pfalz – bis in die ersten Wochen des Jahres 1924 hin.

Die Bestrebungen der Dorten-Richtung vor dem Jahr 1923 können, anders als dies häufig geschieht, nicht als separatistisch, wohl aber als aktionistisch für eine rheinische Autonomie eintretend bezeichnet werden. Sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der internen Kommunikation wurde in der Zeit von 1919 bis 1923 nie etwas anderes als ein autonomer Rheinstaat innerhalb eines föderalistisch neu gegliederten Deutschen Reiches gefordert. Als Separatistenführer im oben geschilderten Sinne trat Dorten dann erst während der Ereignisse des Jahres 1923 in Erscheinung. Die Rheinstaatbestrebungen fielen in eine Zeit des Umbruchs und der Unsicherheit, wovon die zahlreichen Loslösungstendenzen in anderen Regionen des Reiches, etwa in Westfalen und im Emsland, zeugen.¹²

2. Die Rheinstaatbestrebungen im Raum Köln

2.1 Die „Kölnische Volkszeitung“

Bald nach Kriegsende hatte die neue Reichsregierung allzu ungestümen Neugliederungsbestrebungen einen Riegel vorzuschieben versucht. Der Rat der Volksbeauftragten teilte am 23. November 1918 mit, dass etwaige Änderungen der innerdeutschen Staats- und Verwaltungsgrenzen einer später einzuberufenden

¹² Vgl. hierzu Martin Schlemmer, Rheinland und Westfalen im neuen Preußen der Weimarer Republik (1919–1932), in: Georg Mölich/Veit Veltzke/Bernd Walter (Hg.), *Rheinland, Westfalen und Preußen. Eine Beziehungsgeschichte*, 2., überarb. u. erw. Aufl., Münster 2023, S. 321–392, hier S. 333.

verfassunggebenden Nationalversammlung vorbehalten seien.¹³ Ähnlich äußerte sich die preußische Regierung am 10. Dezember 1918:

„Die in verschiedenen Gegenden des Preußischen Staates gemachten Versuche, Teile von Preußen loszutrennen, oder in Preußen eigenmächtig obrigkeitliche Befugnisse auszuüben, geben uns Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß solche Bestrebungen das Gemeinwohl gefährden und deshalb mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft werden müssen. [...] Im übrigen wird über die künftige staatsrechtliche Gestaltung Preußens durch die Nationalversammlung entschieden werden“¹⁴

Wenngleich die „Kölnische Volkszeitung“ als wichtigstes und auflagenstärkstes Sprachrohr der Zentrumspartei im Westen betrachtet werden kann¹⁵ und sich der Personenkreis um die „Kölnische Volkszeitung“ vornehmlich aus Zentrumsmitgliedern oder -sympathisanten zusammensetzte, ist bezüglich der Frage der Rheinstaatbestrebungen eine Unterscheidung zwischen diesem Kreis und der rheinischen Zentrumspartei vorzunehmen. Denn in der Rheinstaatfrage vertrat die „Kölnische Volkszeitung“ durchaus eigenständige Positionen, welche sich nicht immer mit denjenigen der Parteispitze deckten,¹⁶ die aber den Ansichten und Befürchtungen weiter katholischer Bevölkerungskreise des Rheinlands Ausdruck verliehen.¹⁷ Karl Dietrich Erdmann betrachtet die „Kölnische Volkszeitung“ zu Recht als den „geistigen Mittelpunkt“¹⁸ der Rheinstaatbestrebungen,¹⁹ wenn-

13 Siehe hierzu auch Abschrift Schreiben der Reichsregierung an das Ministerium des Innern vom 23.11.1918, in: Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW), Abt. 416, Nr. 112, Bl. 1.

14 Abschrift der Bekanntmachung der preußischen Regierung vom 10.12.1918, in: ebd.

15 Vgl. Hermann-Josef Scheidgen, Deutsche Bischöfe im Ersten Weltkrieg. Die Mitglieder der Fuldaer Bischofskonferenz und ihre Ordinariate 1914–1918, Köln/Weimar/Wien 1991, S. 23; ferner insbesondere Lademacher, Die nördlichen Rheinlande (wie Anm. 9), S. 636. Bereits seit den 1870er Jahren war die „Kölnische Volkszeitung“ ein Publikationsorgan von „nationalem Rang“. Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1998, S. 443.

16 Zur Haltung der „Kölnischen Volkszeitung“ in der Rheinstaatfrage siehe Rudolf Morsey, Die Rheinlande, Preußen und das Reich 1914–1945, in: Rheinische Vierteljahrsschriften 30 (1965), S. 176–220, hier S. 188.

17 Vgl. Lademacher, Die nördlichen Rheinlande (wie Anm. 9), S. 694.

18 Karl Dietrich Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1966, S. 25.

19 Diese Einschätzung darf als Konsens der neueren Forschung angesehen werden. Vgl. Henning Köhler, Autonomiebewegung oder Separatismus? Die Politik der Kölnischen Volkszeitung 1918/19, Berlin 1974, S. 101.

gleich es nicht allein die „Kölnische Volkszeitung“ war, die im November 1918 für den Rheinstaat eintrat.²⁰ Als maßgebliche Vertreter der „Kölnischen Volkszeitung“ gelten ihre Verleger Robert und Franz Xaver Bachem, ihr Chefredakteur Karl Hoeber, ihr außenpolitischer und geistlicher Berater Pater Josef Froberger sowie der Kölner Oberpfarrer Bertram Kastert.²¹ Innerhalb dieses Kreises wird Froberger hinsichtlich des Rheinstaatgedankens in der Forschung besonderes Gewicht eingeräumt.²² Das Redaktionsmitglied Karl Bachem²³ hingegen lehnte die Rheinstaatbestrebungen entschieden ab.²⁴

Bemerkenswert ist die Tatsache, dass die „Kölnische Volkszeitung“ in ihrer Abendausgabe vom 8. November 1918 Kurt Eisners Proklamation des Freistaates Bayern abdruckte.²⁵ Ob dies Einfluss auf das Phänomen der Rheinstaatbestrebungen ausgeübt haben könnte oder die „Kölnische Volkszeitung“ solche Einflüsse intendierte, bleibt unklar. Fest steht, dass der auf der Ebene der einzelnen Bundesstaaten verwandte Begriff des „Freistaates“ beziehungsweise der „Republik“ zum Inbegriff des föderalistischen Prinzips wurde und die Vorbehalte der Länder gegenüber einem zentralistischen Einheitsstaat zum Ausdruck brachte.²⁶ Am 9. November 1918 begaben sich

20 Vgl. hierzu Martin Schlemmer, „Los von Berlin“. Die Rheinstaatbestrebungen nach dem Ersten Weltkrieg, Köln/Weimar/Wien 2007, Kap. 2.2.1.3.1, 2.2.1.3.2 und 2.2.1.3.3.

21 Vgl. zur Biographie Kasterts ebd., Kap. 3.2.1.1.3.

22 Vgl. ebd., S. 13; Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952, Stuttgart 1986, S. 204. Froberger hatte darüber hinaus ein äußerst vertrautes Verhältnis zu den Verlegern, insbesondere zu Franz Xaver Bachem. Vgl. Köhler, Autonomiebewegung (wie Anm. 19), S. 14.

23 Karl Joseph Emil Bachem, Sohn von Josef und Cousin von Julius Bachem, gehörte von 1915–1920 dem Redaktionsstab der Kölnischen Volkszeitung an. Das Zentrumsmitglied war im Ersten Weltkrieg energischer Verfechter der Annexionspolitik. Zur Biographie Bachems vgl. Rolf Kiefer, Karl Bachem 1858–1945. Politiker und Historiker des Zentrums, Mainz 1989; Bernd Haunfelder, Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei 1871–1933. Biographisches Handbuch und historische Photographien, Düsseldorf 1999, S. 124.

24 Vgl. Kiefer, Bachem (wie Anm. 23), S. 196.

25 Freya Eisner, Kurt Eisner und der Begriff „Freistaat“. Eine Entgegnung auf die Miszelle „Freistaat Bayern. Metamorphosen eines Staatsnamens“ von Johannes Merz, in: Vierteljahrsshefte für Zeitgeschichte 46 (1998), S. 487–496, hier S. 488.

26 Deutlich kommt dies in der Erinnerung Scheidemanns an die Reichskonferenz vom 25.11.1918 zum Ausdruck, auf der Eisner „sowie einige radikale Deputierte aus Braunschweig und Sachsen ‚freistaatliche‘ Standpunkte [vertraten,] die uns veranlaßten, alle Hoffnungen auf die eine große deutsche Republik fahren zu lassen“. Zit. nach ebd., S. 493, Anm. 24.

„mehrere Zentrumskreisen angehörige Herren, unter anderen Stadtverordneter [Hugo] Mönnig, Stadtverordneter [Johannes] Rings, Stadtverordneter [Heinrich] Maus, Stadtverordneter [Fritz] Bollig, Oberpfarrer Kastert, Chefredakteur Dr. Hoeber²⁷ und [...] Dr. Froberger von der Kölnischen Volkszeitung“²⁸

zum Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, um diesen für die Idee eines Rheinstaates zu gewinnen. Da Adenauer zögerte, verschob die Kölner Parteileitung eine für den Folgetag geplante Versammlung des Kölner Zentrums auf den 4. Dezember, den Vortag des erwarteten Einmarschs englischer Truppen in Köln. Bedingt durch den großen Andrang – etwa 5.000 Personen waren erschienen²⁹ – fand die Veranstaltung in verschiedenen Räumlichkeiten der Kölner Bürgergesellschaft statt. Karl Trimborn sprach im „großen Saal“, während Wilhelm Marx der „weiße Saal“ überlassen wurde. In einem Erinnerungsbericht aus dem Jahr 1933 berichtet Marx, dass gegen Ende der Veranstaltung der Parteisekretär Dr. Jörg im „weißen Saal“ „unter ungeheurer Begeisterung“³⁰ die rheinische Republik ausgerufen habe. An anderer Stelle schreibt Marx, dass keine Proklamation stattgefunden habe, „sondern nur eine Entschließung vorgeschlagen und angenommen worden“³¹ sei, die dem Wunsch nach baldiger Schaffung der rheinischen Republik Ausdruck verliehen habe.³² Welcher Status dieser Republik zugeschrieben wurde und welche Motivation ihr zugrunde lag, war in einer Vorbesprechung, an der Marx und Trimborn teilgenommen hatten, klar zum Ausdruck gekommen: Der Rhein-

27 Vgl. zu dem im nassauischen Dietz an der Lahn geborenen Dr. phil. Karl Hoeber (1867–1942) Schlemmer, „Los von Berlin“ (wie Anm. 20), Kap. 3.2.1.4.

28 So die Erinnerungen Adenauers in einer selbst verfassten, undatierten Denkschrift über sein Verhältnis zu den Rheinstaatbestrebungen in den Jahren 1918/19. Erdmann, Adenauer (wie Anm. 18), Dok. 4, S. 238.

29 Vgl. Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923, Düsseldorf 1966, S. 121.

30 Hugo Stehkämper (Bearb.), Der Nachlaß des Reichskanzlers Wilhelm Marx, Teil 2, Köln 1968, Nr. 94, S. 85.

31 Ebd., S. 88.

32 In dieser Entschließung hieß es laut Marx unter anderem: „Die Verslg. gibt ihrem festen Willen Ausdruck, die Einheitlichkeit des Reiches zu wahren und den Wiederaufbau eines neuen dt. Staatswesens von den Ländern am Rhein und Westfalen aus aufzunehmen“. Ebd.

staat sollte im Reichsverband verbleiben.³³ In seiner Errichtung wurde die einzige Möglichkeit gesehen, einer Annexion durch Frankreich zuvorzukommen.³⁴

Wenige Tage später unterrichtete Parteisekretär Jörg die rheinischen Mitglieder des Reichstages im Namen des vorbereitenden Komitees über die Versammlung vom 4. Dezember. Er betonte ausdrücklich, dass der geplante Rheinstaat Teil des Reiches bleiben und sich an allen Entschädigungszahlungen beteiligen werde. Des Weiteren solle die rheinische Republik weder ein klerikales noch ein kapitalistisches Profil erhalten.³⁵

Unter den Parolen „Berlin ist nicht Deutschland“³⁶ und „Rheinisches Recht für rheinisches Land“³⁷ mit denen die „Kölnische Volkszeitung“ auf die Versammlung vom 4. Dezember einstimmte, entstand eine regelrechte „Volksbewegung“.³⁸ Die übrigen Parteien reagierten hingegen abweisend,³⁹ während die liberale Presse versuchte, die Separationsbemühungen ins Lächerliche zu ziehen.⁴⁰ Bereits am 16. November 1918 hatte der Volkszeitungskreis einen überparteilichen „Bund zum Schutz der rheinischen Freiheit“ gegründet, der bald Ortsgruppen in anderen Städten einrichtete und tatsächlich Mitglieder anderer parteipolitischer Provenienz anzog. Genau dies war jedoch sein Schwachpunkt, denn die DDP hatte gezielt dazu aufgerufen, den Bund durch Beitritt im Sinne Preußens zu majorisieren. So kam es, dass sich der Bund am 27. November den unverfänglicheren Namen „Freiheitsbund der deutschen Rheinlande“ gab, bevor er in der Bedeutungslosigkeit versank.

Die Ziele der Kölner Rheinstaatbestrebungen skizziert die 1919 anonym erschienene Schrift „Rheinländer wacht auf!“. Demnach sollte der Rheinstaat ein

33 Vgl. die Rede Trimborns vom 4.12.1918, zit. in: Rudolf Morsey, Karl Trimborn (1854–1921), in: ders. (Hg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 20. Jahrhunderts*, Mainz 1973, S. 81–93, hier S. 90.

34 Dies ist dem Bericht von Marx zu entnehmen. Ebd., S. 84. Vgl. hierzu auch Schlemmer, „Los von Berlin“ (wie Anm. 20), Kap. 4.2.2.1.1 und 4.2.2.2.

35 Vgl. hierzu Stehkämper, Nachlaß Marx 2 (wie Anm. 30), Nr. 95, S. 90.

36 Überschrift eines Artikels in der „Kölnischen Volkszeitung“ vom 17.11.1918. Vgl. Morsey, Zentrumpartei (wie Anm. 29), S. 119.

37 So eine Schlagzeile der „Kölnischen Volkszeitung“ am 4.12.1918. Vgl. ebd., S. 119, Anm. 13.

38 Morsey, Rheinlande (wie Anm. 16), S. 187. Hiermit übereinstimmend Lademacher, Die nördlichen Rheinlande (wie Anm. 9), S. 695.

39 Am 6.12.1918 organisierte die MSPD eine Protestkundgebung, in deren Rahmen sich auch der DDP-Vorsitzende Dr. Fohlschröder im Namen seiner Partei gegen die Ziele der Kölner Versammlung aussprach. Vgl. Bischof, Rheinischer Separatismus (wie Anm. 7), S. 36.

40 Vgl. Manfred Dahlheimer, Carl Schmitt und der deutsche Katholizismus 1888–1936, Paderborn u. a. 1998, S. 451.

„konfessionell durchaus gemischter“⁴¹ Bundesstaat im Rahmen des Deutschen Reiches sein, dem links- wie rechtsrheinische Gebiete mit gut neun Millionen Einwohnern angehören sollten. So gedachte man, den Vorwurf der „Kleinstaatenrei“ entkräften zu können.⁴²

Im östlich des Rheins gelegenen unbesetzten rheinischen und westfälischen Gebiet stießen der Rheinstaatgedanke und insbesondere die Kölner Versammlung vom 4. Dezember überwiegend auf Ablehnung. Unmittelbar nach der Kölner Kundgebung „protestierten in Remscheid über 1.000 Personen entrüst[et] gegen die Errichtung einer rheinisch-westfälischen Republik, ebenso der Elberfelder Lehrerverein“⁴³. Am 12. Dezember 1918 verurteilte eine Erklärung des Rates der Volksbeauftragten die Vorgänge in Köln.⁴⁴ Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Barmen verabschiedete Anfang Februar 1919 eine Resolution „gegen die auf Gründung einer Westdeutschen Republik abzielenden Bestrebungen“.⁴⁵

Am 10. März 1919 kam es im Zivilkasino in Köln zu einer Sitzung des Arbeitsausschusses zur Errichtung einer westdeutschen Republik. Hierzu einberufen hatten Kommerzienrat Albert Ahn, Franz Xaver Bachem, Oberpfarrer Kastert, Bankier Heinrich von Stein und der Kölner Professor Fritz Stier-Somlo. Letzterer legte, einem Bericht des anwesenden Aachener Regierungssekretärs Mönikes zufolge, „ein Gelöbnis unlösbarer Treue zum deutschen Reiche ab und betonte, dass er gegen jede Abtrennung deutschen Gebietes im Westen sei. Die Gliedstaaten müssen dem Völkerfrieden dienen. Daher sei auch jetzt der Augenblick für eine westdeutsche Republik gekommen“.⁴⁶

Insbesondere die Aachener Aktivisten kritisierten die Kölner Rheinstaatbefürworter als zu passiv. Mönikes berichtet über seine Teilnahme für den Aachener „Arbeitsausschuss zur Herbeiführung einer ‚Volksabstimmung‘ über Gründung einer westdeutschen Republik in der Einheit des Reiches“ an einer Versammlung von Pressevertretern in Köln, zu der ihn Rektor Weyers vom Aachener „Echo der Gegenwart“ eingeladen hatte:

41 N. N., Rheinländer, wachet auf!, Zur Errichtung eines Rheinischen Deutschen Bundesstaates. Ein Mahn- und Werberuf rheinischer Vaterlandsfreunde, Köln 1919, S. 35.

42 Ebd., S. 34f.

43 Feststellungen zur Rheinlandfrage aus Dezember 1918, in: Bundesarchiv (BArch) B R 58, Nr. 2485, Bl. 176.

44 Vgl. ebd.

45 Vgl. Kölnische Volkszeitung Nr. 113, 10.2.1919.

46 Maschinenschriftlicher Bericht Mönikes', in: LAV NRW R, BR 51, Nr. 315, Bl. 4v.

„[B]ezeichnend ist es, dass auch diese Zusammenkunft in Köln nicht von Köln, sondern wiederum von Aachen, und zwar vom Echo d[er] G[egenwart] ausging. Es waren die Vertreter der besten Tageblätter von Wainz [sic] bis Cleve vertreten. Ferner nahm an den Besprechungen der [Trierer] Abgeordnete Professor Dr. Kaas teil. [...] Es wird von der Presse lebhaft bedauert, dass bisher eine einheitliche Führung der ganzen Bewegung fehlt. [...] Als Hauptresultat konnte ich [...] feststellen, dass den Költern [...] der durch nicht[s] wegzuräumende Vorwurf gemacht wird, dass sie bisher nichts getan haben. Köln hat sich zum Führer einer Bewegung gemacht, in der es nicht führend geblieben ist. Die Berechtigung dieser Vorwürfe müsste sogar Herr Chefredakteur Dr. Höber von der K. V. zugeben. Es hat eben in Köln an einer zielbewussten, straffen Organisation gefehlt“.⁴⁷

Im Gegensatz zur großen Mehrheit des rheinischen Zentrums hielten die Kreise um die „Kölnische Volkszeitung“ jedoch bis unmittelbar vor der Proklamation der rheinischen Republik am 1. Juni 1919 ihren Kontakt zu den Aktivisten um Hans Adam Dorten aufrecht und gerieten schnell in den Verdacht, das Spiel des „Separatismus“ zu betreiben. Froberger, Kastert und der Landtagsabgeordnete Joseph Kuckhoff beteiligten sich an Gesprächen mit Vertretern der französischen Besatzungsmacht sowie führenden Personen der Aachener und Wiesbadener Aktivistenkreise. Das erste Treffen fand am 17. Mai 1919 in Mainz statt. Gastgeber war der Kommandeur der 10. französischen Armee in Mainz, General Charles Mangin. Gegenstand des Gespräches war vor allem die Schaffung einer rheinischen Republik.⁴⁸ Während Mangin den offenen Bruch der rheinischen Republik mit dem Reich forderte, waren seine Gesprächspartner dazu nicht bereit, da sie den Zeitpunkt zu einem solchen Schritt für noch nicht gekommen hielten.⁴⁹ Inwiefern dies nur ein vorgeschobener Grund – also ein taktischer Zug gegenüber dem auf eine separatistische Lösung drängenden General Mangin – war oder der tatsächlichen Auffassung der Teilnehmer entsprach, muss offen bleiben. Die Konsequenz bei Bekanntwerden dieses Treffens war jedenfalls die Beurlaubung Frobergers bei der „Kölnischen Volkszeitung“ zum 2. Juni 1919⁵⁰ und die parteiin-

47 Ebd., Bl. 11r.

48 Vgl. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Reihe 3, Bd. 8: Die Zentrumsfraktion in der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung 1919–1921. Sitzungsprotokolle, bearb. von August Hermann Leugers-Scherzberg und Wilfried Loth, Düsseldorf 1994, Nr. 25, S. 41, Anm. 1.

49 Vgl. [Charles] Mangin, Lettres de Rhénanie, in: Revue de Paris 43,7 (1936), S. 481–526, hier S. 517.

50 Vgl. Morsey, Zentrumspartei (wie Anm. 29), S. 256 f.

terne Disziplinierung Kasterts und Kuckhoffs durch die Zentrumsfraktion der Preußischen Landesversammlung Ende Mai.⁵¹ Allerdings behauptete Froberger in seinem schriftlichen Bericht vom 31. Mai 1919, dass vor allem Kastert und Kuckhoff mit Nachdruck einen „vaterländischen Standpunkt“ vertreten hätten.⁵²

Rudolf Morsey erachtet Frobergers Schilderung im Wesentlichen als glaubwürdig, er vermutet, dass „zumindest die drei Kölner Gesprächspartner [...] nur für eine Rheinische Republik im Verbande des Reiches eingetreten sind, wobei als Gegenleistung die Friedensbedingungen für das Reich gemildert werden sollten“.⁵³ Die Kölner Delegation habe auch von Beginn an klar zum Ausdruck gebracht, dass sie keinerlei Legitimation besitze.⁵⁴ Dortens Aufzeichnungen scheinen diese Version zu bestätigen: Dorten bezichtigt Froberger in seinen Memoiren des Verrates, da dieser die Reichsregierung auf die englischen und belgischen Besatzungsbehörden habe einwirken lassen, sodass die Belgier ihre bereits angekündigte Duldung einer Rheinstaatproklamation für den 29. Mai 1919 in Aachen zurückgezogen hätten.⁵⁵ Bemerkenswert ist auch der Text, den der Kölner Brückenkopffizier Otto Schwink⁵⁶ am 27. Mai an die Reichsregierung sandte:

„Dr. Frohberger [sic] teilt mir soeben mit, daß ein Versuch geplant ist, die Rheinische Republik am 29. Mai in Aachen und Wiesbaden auszurufen. Dr. Frohberger hat vergeblich versucht, die Herren Dörten und Dahlem⁵⁷ zu bewegen, nichts zu unternehmen. Die Abgeordneten Kastert und Kuckhoff sind der gleichen Ansicht. [...] Frohberger erachtet es als notwendig und verlangt dringend, daß die Reichsregierung umgehend interveniert“⁵⁸

51 Kastert und Kuckhoffgaben ihre Mandate für die Landesversammlung zurück. Vgl. Herbert Höming, Das Preußische Zentrum in der Weimarer Republik, Mainz 1979, S. 71.

52 Vgl. Morsey, Zentrumpartei (wie Anm. 29), S. 254, Anm. 9.

53 Ebd., S. 255.

54 Vgl. ebd.

55 Vgl. J.A. [Jean Adam/Hans Adam] Dörten, Die Rheinische Tragödie, aus dem Französischen übersetzt von Willy Münch, Bad Kreuznach 1981, S. 47.

56 Hauptmann i. G. Otto Schwink war in den Brückenkopf Köln entsandt worden, um den reibungslosen Abzug der deutschen Truppen über den Rhein sowie die Übergabe der Stadt Köln an die englische Besatzung zu organisieren. Vgl. Schwarz, Adenauer (wie Anm. 22), S. 195.

57 Dörten meint den Aachener Oberpostassistenten Johann Josef Dahlen, der bereits am 17.5.1919 an der Besprechung mit General Mangin in Mainz teilgenommen hatte. Vgl. Bischof, Rheinischer Separatismus (wie Anm. 7), S. 75.

58 So die Version bei Dörten, Die Rheinische Tragödie (wie Anm. 55), S. 47.

Dies spricht jedenfalls deutlich gegen separatistische Absichten des Kreises um die „Kölnische Volkszeitung“. Dortens Darstellung deckt sich mit Kuckhoffs Schilderung der Ereignisse: So erklärte Kuckhoff später, Froberger und er seien am 27. Mai 1919 in Bonn mit Dorten und Matthias Salm⁵⁹ zusammengetroffen und hätten, als Dorten für den 29. Mai die Proklamation einer rheinischen Republik in Aachen angekündigt habe, diesen von einem solchen Schritt abzubringen versucht.⁶⁰ Dortens Weigerung war für Froberger und Kuckhoff die Veranlassung, von dem Projekt zurückzutreten,⁶¹ sie beteiligten sich auch nicht an der Proklamation, die dann am 1. Juni 1919 in Wiesbaden stattfand.

Kuckhoffs Position in der Rheinstaatfrage geht aus seinem 1920 in der katholischen Zeitschrift „Hochland“ erschienenen Artikel „Die Rheinlandfrage“⁶² klar hervor. Er bekennt sich mit Nachdruck zum „Deutschtum“, wendet sich in scharfer Form sowohl gegen Preußen als auch gegen Frankreich⁶³ und macht zugleich klar, dass eine staatliche Neugliederung des Rheinlands nur im Rahmen des Reiches und der Reichsverfassung geschehen könne,⁶⁴ ein rheinischer Pufferstaat für ihn hingegen undenkbar sei.⁶⁵ Weiterhin solle man die „Rheinische Frage“ als erledigt betrachten, um jeglichen Missverständnissen vorzubeugen.⁶⁶ Kuckhoff vertritt somit die Position der gemäßigten Autonomisten. Schließlich gesteht er ein, dass er bei der Wahl des einzuschlagenden Weges einem Trugschluss erlegen

59 Matthias Salm (geb. 1877), Sohn der Eheleute Peter Salm und Anna Salm geb. Rhein, stammte aus Wies an der Mosel und war in kleinbäuerlichen Verhältnissen aufgewachsen. Anfang Juni 1919 war Salm „Minister“ in Dortsens „Kabinett“ der „vorläufigen Regierung der Rheinischen Republik“, nach seinem Ausscheiden aus der Dorten-Richtung Agrarfachmann in Ulm. Vgl. Matthias Salm, Die haus- und landwirtschaftliche Ausbildung der Bauerntöchter, Sonderabdr. aus der Sozialen Revue, H. 3, 1909, Essen/Ruhr 1909, S. 3, 5; Dieter Albrecht/Bernhard Weber (Bearb.), Die Mitarbeiter der Historisch-politischen Blätter für das katholische Deutschland 1838–1923. Ein Verzeichnis, Mainz 1990, S. 112; ferner Schlemmer, „Los von Berlin“ (wie Anm. 20), Kap. 3.2.1.1.4.

60 Zum Treffen am 27.5.1919 siehe Kuckhoff, zit. in: Morsey, Zentrumspartei (wie Anm. 29), S. 257. Vgl. ferner Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (wie Anm. 48), Nr. 27, S. 47, Anm. 8.

61 Vgl. Tilman Stieve, Die „Rheinische Bewegung“ in Aachen bis zur Ruhrkrise, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 100 (1995/96), S. 521–573, hier S. 553.

62 J[oseph] Kuckhoff, Die Rheinlandfrage, in: Hochland 17 (1920), H. 2, S. 513–529.

63 Ebd., S. 518.

64 Ebd., S. 513.

65 Ebd., S. 514.

66 Ebd., S. 513.

sei, nämlich durch eine schnellstmögliche Verwirklichung der rheinischen Autonomie dem Ausgleich zwischen Frankreich und Deutschland dienen zu können.⁶⁷

2.2 Der „Aristo-Separatismus“

Werden die zahlreich überlieferten Bilder des „Rheinlandschutzes“, beispielsweise vor dem Koblenzer Schloss im Herbst 1923 betrachtet, lässt sich nachvollziehen, weshalb die preußischen Behörden die Kölner Protagonisten vom Kaliber etwa eines Benedikt Schmittmann oder eines Konrad Adenauer als „Aristo-Separatisten“ bezeichneten. Dabei ist nicht einmal auf die Ebene des paramilitärischen Selbstschutzes, der doch eher für das „Grobe“ zuständig war, hinabzusteigen, sondern es reicht aus, sich die führenden Persönlichkeiten anzusehen, die vom gesellschaftlichen Ansehen doch weit hinter Professoren, (Ober-)Pfarrern und Landtagsmitgliedern zurückstanden: Winzer, Obstbauern, Bauern, Kleinhändler und Kleingewerbetreibende finden sich häufig an der Spitze der vor Ort aktiven Rheinstaatbefürworter, was in besonderem Maße für die separatistische Spielart gilt.

Anschaulich wird der despektierliche, verächtliche Blick der Rheinstaatgegner auf die Separatisten etwa im „Gedicht“ des Koblenzer Schriftstellers und Mundartdichters Josef Cornelius mit dem Titel „Den Separatisten zum Abschied“. Hier wird ein Subtyping vorgenommen, das die Angehörigen des Rheinlandschutzes respektive deren Erscheinungsbild zum repräsentativen Maßstab und Abbild sämtlicher Rheinstaatbefürworter macht und diesen die „seriösen“ Rheinstaatgegner gegenüberstellt:

„Und nun, erst deren Garde noch? Die sollt' es ist zum Schreien,
erlösen uns vom Preußenjoch, von preuß'schen Tyranneien?

O, gütige Barmherzigkeit! Als ich nur sah die Horden,
mir war's als hätt' das Zuchthaus geöffnet seine Pforten.

Der Räubergeist auf Burgenhöh'n ließ aus der Gruft vernehmen:
,Das Pack, das wir dort unten seh'n, wir dessen uns gar schämen.“⁶⁸

Die Ursprünge des „Aristo-Separatismus“ liegen im Köln des Spätherbstes 1923. Nach dem Scheitern der vereinigten rheinischen Separatisten unter Matthes und Dörten war allen verbliebenen Befürwortern eines Rheinstaates bewusst, dass das Stigma, das Verdikt des Hoch- und Landesverrates künftig eine bleischwere

67 Ebd.

68 Zit. nach Hannelore Kraeber, Schängels Zeitreise durchs 20. Jahrhundert. Blickpunkte, Einblicke in ein Zeitalter, Koblenz o. J. [2004], S. 119.

Hypothek für sämtliche Rheinstaatbestrebungen bilden würde. Die Befürworter einer rheinischen Autonomie im Reichsverband knüpften engeren Kontakt, wobei sämtliche Protagonisten in Köln ansässig waren. Im Wesentlichen handelte es sich um Akteure, die sich nicht an den Vorgängen im Frühherbst des Jahres 1923 beteiligt hatten, namentlich um den bereits erwähnten Kölner Oberpfarrer von St. Kolumba Bertram Kastert, der lange in der autonomistischen Rheinischen Volks-Vereinigung (RhVV) tätig gewesen war, den Reichstagsabgeordneten und Vorsitzenden der katholisch-föderalistischen Christlichen Volkspartei (CVP), Studienrat Dr. Bernhard Deermann, sowie den Kölner Universitätsprofessor für Sozialpolitik, Zentrums politiker und Abgeordneten des preußischen Landtags Dr. Benedikt Schmittmann. Doch schnell geriet der Kreis der „Aristo-Separatisten“ in das Visier der staatlichen Behörden. Der Vertrauensmann Ritter überreichte dem Düsseldorfer Regierungspräsidenten Walter Emil Grützner in Barmen am 4. Dezember 1923 nach eigener Aussage einen „neuen Bericht über die sogenannten ‚Aristo-Separatisten‘ (Kastert-Schmittmann-Deermann etc.)“, woraufhin der Regierungspräsident ihm gegenüber geäußert habe: „Jawohl, selbstverständlich, behalten Sie nur ja mit den Kreisen der ‚Aristo-Separatisten‘ Fühlung und berichten Sie laufend weiter.“⁶⁹

Wer zählte nun zu diesem erlauchten Kreis der „Aristo-Separatisten“? Die „Liste der Hauptführer“, welche sich in der Akte „Aristo-Separatisten Richtung Kastert-Adenauer“ des Polizeipräsidiums in Köln findet, nennt insgesamt 15 Personen:⁷⁰ Oberpfarrer Kastert von St. Columba; Universitätsprofessor Dr. jur. Benedikt Schmittmann; Professor Arthur Jung; Studienrat Dr. Bernhard Deermann, zugleich Vorsitzender der Christlichen Volkspartei; Bankier von Stein, vom Bankhaus Stein; Professor Deermann [sic, recte: Dreesmann], St. Vinzenz-Krankenhaus; Kommerzienrat Dr. jur. Albert Ahn, Verleger; Kurt Radermacher, Chefredakteur des Kölner Tageblattes; den Chefredakteur der Düsseldorfer Nachrichten, Dr. Wilhelm Nikolaus Doerkes-Boppard; den Chefredakteur des Bonner General-Anzeigers, Peter Neusser; Syndikus R. Schmidt, Verband der Hotel und Restaurationen; I. Vorsitzender Direktor des Kaiser-Kaffees in Elberfeld; II. Vorsitzender Budde, Hotel „Monopol“ in Köln; Dr. Lotz aus Brühl, Volkswirtschaftler; Zahnarzt Bolkenius aus Aachen. Darüber hinaus nennt die Liste wenig konkret „[v]erschiedene Herrn aus dem [sic] mittleren und südlichen Rheinprovinz, unter anderem aus Wiesbaden Heinz“.

69 Bericht Ritters an Ministerialdirektor Loers, Preußisches Ministerium des Innern, Berlin, 8.2.1924 (Abschrift), in: LAV NRW R, BR 7, Nr. 17091, Bl. 40.

70 LAV NRW R, BR 51, Nr. 315, Bl. 3.

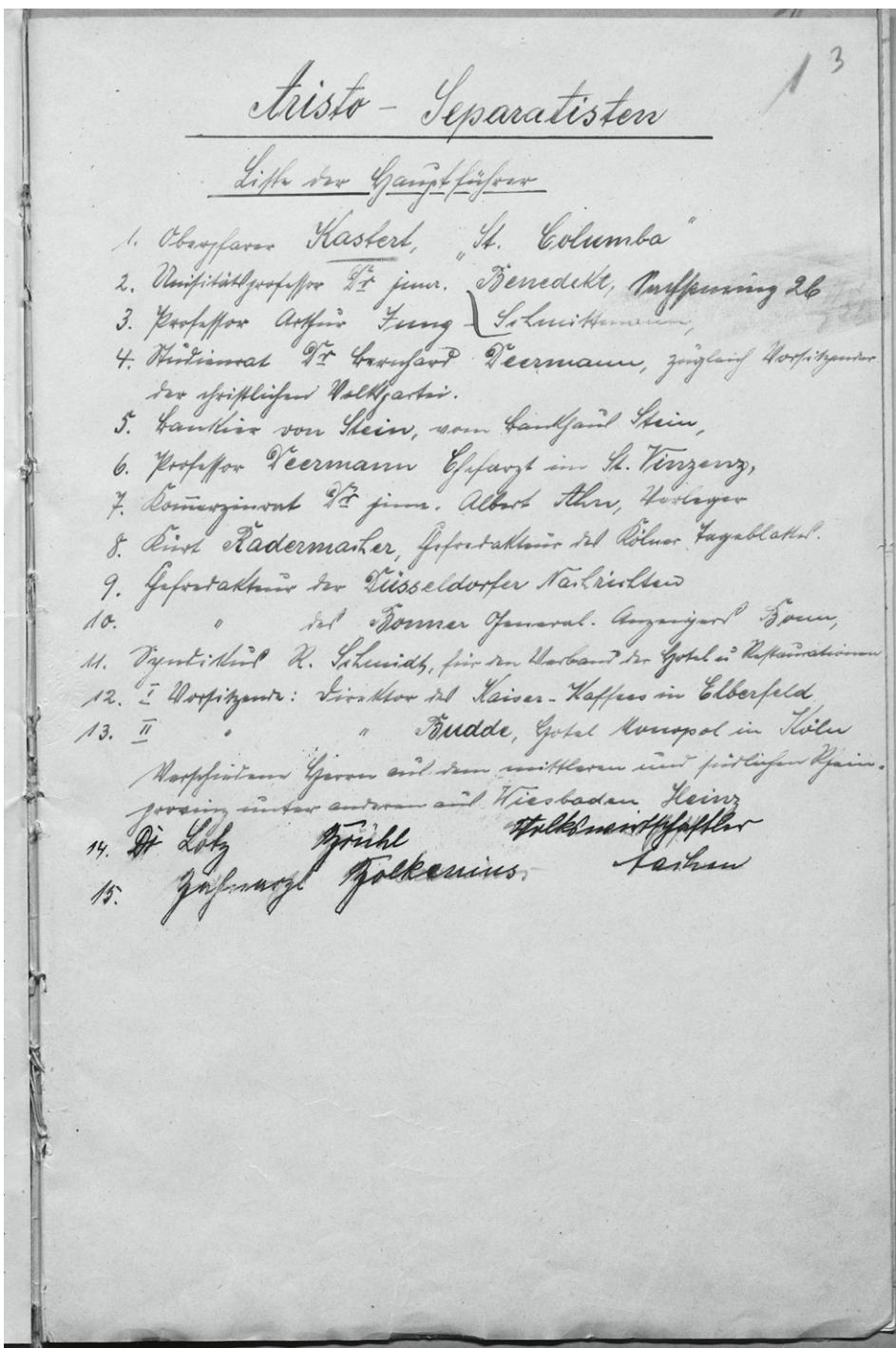


Abb. 1: Liste der Hauptführer des Aristo-Separatismus (LAV NRW R, BR 51, Nr. 315, Bl. 3)

Zu einer in den preußischen Akten als Ziel der „Aristo-Separatisten“ genannten Gründung einer neuen Partei, einer „sich im wesentlichen aus der christlichen Volkspartei rekrutieren[den]“⁷¹ „Rheinischen Volks- und Wirtschaftspartei“, ist es anscheinend nicht gekommen. Letztlich ist keine gemeinsame organisatorische Struktur erkennbar, die zwischen den „Aristo-Separatisten“ für den nötigen Zusammenhalt hätte sorgen können.

Bemerkenswert ist auch die Tatsache, dass Konrad Adenauer im Titel der Akte des Polizei-Präsidiums in Köln zum Aristo-Separatismus namentlich Erwähnung findet, im Titel der Akte der Bezirksregierung Düsseldorf jedoch nicht. In beiden Fällen ist in der Akte selbst dann keinerlei Hinweis auf eine Betätigung Adenauers im Sinne der respektive im Verband mit den „Aristo-Separatisten“ enthalten. Dementsprechend ist in einem Schreiben der Düsseldorfer Bezirksregierung an das Ministerium des Innern in Berlin vom 5. Januar 1924 von den „Aristo-Separatisten, besonders die Zusammenhänge Kastert – Deermann – Tirard“ sowie von der „Bewegung Kastert und Genossen“ die Rede.⁷² Lediglich in einem mit „Separatisten“ überschriebenen Schriftstück in der Akte des Polizeipräsidiums, das weder datiert noch mit einem Namen versehen ist, findet Adenauer Erwähnung: „I. Organisation: 1) Föderalistenführer Oberbürgermeister Dr. Adenauer, setzt sich hauptsächlich aus Zentrumsleuten zusammen und arbeitet auf Lostrennung von Preussen, jedoch im Rahmen des Reiches“.⁷³ Hier wird einmal mehr der indifferente Sprachgebrauch der Behörden ersichtlich, die in der Regel die verschiedenen Begriffe synonym verwendeten. Zu den Separatisten werden dabei auch die Föderalisten gezählt, denen allerdings selbst eine rheinische Autonomie, nicht aber eine rheinische Unabhängigkeit als Ziel unterstellt wurde.

Auch nach dem Scheitern der aktionistischen, gewaltsausübenden Separatisten-Putschversuche im Herbst 1923 verfolgten einige der sogenannten Aristo-Separatisten ihre rheinisch-föderalistischen Pläne. Der erweiterte Vorstand der CVP traf sich am Abend des 7. März 1924 in der Kölner Wohnung des Professors Dreessmann, um die Frage zu erörtern: „Wie stehen wir zur politischen Lage?“. Als Referent hatte man den Reichstagsabgeordneten Dr. Deermann gewinnen können, der zu dieser Zeit, wenn er nicht in Berlin weilte, seinen Wohnsitz in Köln hatte. Die Partei hatte die Zusammenkunft polizeilich angemeldet. Die Polizei konnte

71 Bericht der Bezirksregierung Düsseldorf an den Minister des Innern, Berlin, 6.12.1923 (Entwurf), in: LAV NRW R, BR 7, Nr. 17091, Bl. 6r.

72 Bericht an Herrn Oberregierungsrat Elfgen, Ministerium des Innern, Berlin, Barmen, 5.1.1924, in: LAV NRW R, BR 7, Nr. 17091, Bl. 16r. und v.

73 Nicht weiter gekennzeichnetes Schriftstück „Separatisten“, in: LAV NRW R, BR 51, Nr. 315, Bl. 19.

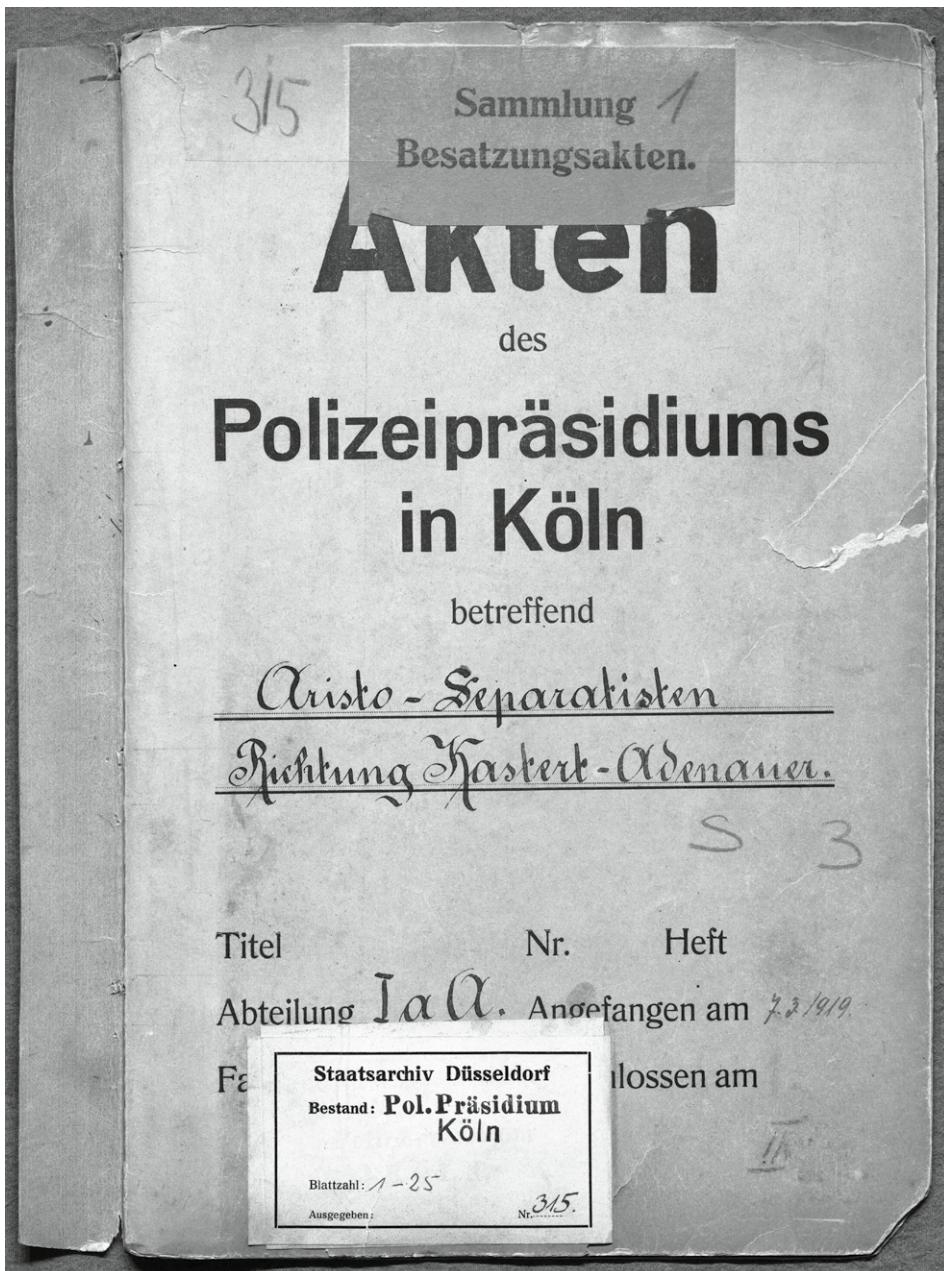


Abb. 2: Deckel der Akte des Polizeipräsidiums Köln zu den „Aristo-Separatisten Richtung Kastert – Adenauer“ (LAV NRW R, BR 51, Nr. 315)

beobachten, „dass sich 6 männliche und 2 weibliche Personen, die hier nicht bekannt sind, zur vorgenannten Zeit in das Haus des Professors Dr. Dreesmann beg[e]ben“ hätten.⁷⁴

Wie gestaltete sich nun das Verhältnis zwischen den sogenannten Aristo-Separatisten und den Aktivisten der „Rheinischen Republik“ vom Herbst 1923? Zwei Hinweise finden sich in der Akte des Kölner Polizeipräsidiums: Zum einen in einem namentlich nicht gekennzeichneten Vermerk vom 21. Januar 1924:

„Im vorigen Jahre soll der Vorstand [der CVP] im internen Kreise an Kastert die Aufforderung gerichtet haben, sich über die Beziehungen zu den Sonderbündlern zu äussern. Er soll hierbei offen erklärt haben, dass er zur damaligen Zeit die Verhandlungen mit Dorten geführt habe. Dorten hätte ihn aber hintergangen und nach dem [sic] er (Kastert) dieses gemerkt habe, habe er seine Verhandlungen mit Dorten abgebrochen. Ferner habe Kastert erklärt, daß Dorten hinter seinem Rücken mit den Franzosen verhandelt hätte.“⁷⁵

Zum anderen heißt es in dem bereits erwähnten Schriftstück „Separatisten“, ohne dass dies näher erläutert würde: „Die Smeetspartei suchte vor 6 Wochen Fühlungnahme mit den Föderalisten zwecks gemeinsamer Arbeit, erhielt jedoch von Köln ablehnenden Bescheid“.⁷⁶ Dem Vorsitzenden des „Deutschen Föderalisten-Bundes“ (DFB), Karl Heldmann, gegenüber grenzte sich Dorten bereits im Frühjahr 1921 seinerseits von der Kölner Richtung um den Reichstagsabgeordneten der Christlichen Volkspartei Deermann ab:

„Leider ist durch den Abgeordneten Dr. Deermann, der offen eine integral-katholische Richtung anstrebt und den Föderalismus in der Partei verdrängen möchte, grosser Zwiespalt entstanden [...]. Ich hoffe aber, dass es gelingen wird, den interkonfessionellen und föderalistischen Charakter der Partei wieder scharf herauszuschälen.“⁷⁷

⁷⁴ Bericht des Polizei-Präsidenten Köln, vom 8.3.1924, in: LAV NRW R, BR 51, Nr. 315, Bl. 16.

⁷⁵ LAV NRW R, BR 51, Nr. 315, Bl. 15.

⁷⁶ Nicht weiter gekennzeichnetes Schriftstück „Separatisten“, in: LAV NRW R, BR 51, Nr. 315, Bl. 19.

⁷⁷ Zit. nach Schlemmer, „Los von Berlin“ (wie Anm. 20), S. 770, Dokument 19.

2.3 Benedikt Schmittmanns „Reichs- und Heimatbund deutscher Katholiken“
 Benedikt Schmittmann⁷⁸ trat nach dem Kriegsende von Beginn an für eine Reichsreform auf föderalistischer Grundlage ein.⁷⁹ Sein Ziel war es, durch eine solche Reichsneugliederung „den gesamten Staatsaufbau neu zu gestalten“.⁸⁰ Wie andere Föderalisten katholischer Konfession lehnte Schmittmann jede Form von Nationalismus, Militarismus und Revanchismus als mit der katholischen Glaubenslehre unvereinbar ab. Stattdessen vertrat er den Gedanken eines geeinten, föderalistisch strukturierten Europas. Wie das Deutsche Reich als „demokratischer Volksstaat“ unter Berücksichtigung der „Stammesart“⁸¹ sollte sich auch Europa künftig von der Basis her formieren.⁸² Als historisch-politisches Paradiigma diente Schmittmann die „abendländische katholische Reichsidee“⁸³ beziehungsweise die „großdeutsch-föderalistische Idee“.⁸⁴

Einen Rheinstaat in einem neu strukturierten, um Österreich erweiterten⁸⁵ Deutschen Reich befürwortete Schmittmann auch dann noch, als der Rheinstaatgedanke in weiten Kreisen der Bevölkerung aufgrund der prinzipiellen Sympathie der französischen Besatzung für derartige Bestrebungen sowie aufgrund der Aktivitäten Dortens, Smeets' und Matthes' endgültig diskreditiert schien.⁸⁶ Wie für das Rheinland forderte Schmittmann auch für das Elsass die Selbstverwaltung

78 Vgl. zur Biographie Schmittmanns: Alfred Kuhlmann, Das Lebenswerk Benedikt Schmittmanns, Münster 1971; Siegfried Koß, Schmittmann, Benedikt, in: ders./Wolfgang Löhr (Hg.), Biographisches Lexikon des KV, Teil 1, Schernfeld 1991, S. 90–92; Alfred Kuhlmann/Helmut Moll, Professor Dr. Benedikt Schmittmann (1872–1939) – ein christlicher Gesellschaftspolitiker im Räderwerk des Nationalsozialismus, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein insbesondere das alte Erzbistum Köln 202 (1999), S. 229–238; Martin Strickmann, Benedikt Schmittmann (1872–1939) als rheinischer Föderalist zwischen antihegemonialen Reichsneugliederungsinitiativen und sozialethischen Demokratie-Idealen, in: Geschichte im Westen 17 (2002), S. 48–66; Edmund Spohr/Hatto Küffner, Verfolgte der Diktatur. Benedikt Schmittmann – ein Märtyrer unserer Zeit, in: dies. (Hg.), Düsseldorf. Eine Stadt zwischen Tradition und Vision. Düsseldorfer Persönlichkeiten, Kleve 2004, S. 128–141; dies., Benedikt Schmittmann in Düsseldorf-Flehe, in: ebd., S. 142–149.

79 Vgl. Kuhlmann/Moll, Schmittmann (wie Anm. 78), S. 233f.

80 Ebd., S. 233.

81 Vgl. Hugo Stehkämper, Benedikt Schmittmann (1872–1939), in: Wilhelm Janssen (Hg.), Rheinische Lebensbilder, Bd. 10, Köln 1985, S. 199–221, hier S. 213.

82 Vgl. hierzu Kuhlmann/Moll, Schmittmann (wie Anm. 78), S. 234.

83 Ebd.

84 So Schmittmann in der Einladung zu der „Konferenz katholischer Föderalisten“ auf dem Katholikentag in Hannover am 2.9.1924. Zit. nach: Stehkämper, Schmittmann (wie Anm. 81), S. 213.

85 Vgl. ebd., S. 214.

86 Vgl. Kuhlmann/Moll, Schmittmann (wie Anm. 78), S. 233.

innerhalb des jeweiligen Nationalstaates.⁸⁷ Als Schmittmann einsehen musste, dass er nach dem Abrücken der Zentrumspartei von den aktionistischen Rheinstaatbefürwortern in der Preußischen Landesversammlung weitgehend isoliert war,⁸⁸ legte er 1922 sein Mandat nieder, ohne sein politisches Konzept deswegen ad acta zu legen.⁸⁹

Nachdem Schmittmann bereits im Mai 1920 sowie im Frühjahr 1922 mit dem Hallenser Historiker und Föderalisten Karl Heldmann in Kontakt getreten war,⁹⁰ gründete er 1924 gemeinsam mit Gleichgesinnten wie dem Herausgeber der in München erscheinenden „Allgemeinen Rundschau“, Otto Kunze, auf dem Katholikentag in Hannover den ebenso katholisch wie föderalistisch orientierten „Reichs- und Heimatbund deutscher Katholiken“.⁹¹ Wenig später erfolgte die Gründung der überkonfessionellen „Reichsarbeitsgemeinschaft deutscher Föderalisten“.⁹² Schmittmann war Vorsitzender beider Vereinigungen,⁹³ was ihm die Konzentration der Kräfte auf ein gemeinsames Vorgehen ermöglichte. Auch auf einer Abonnentenliste des der Dorten-Richtung zuzurechnenden „Rheinischen Herolds“ aus dem Jahr 1922 findet sich der Name Schmittmanns.⁹⁴ Diese Tatsache beweist, dass Schmittmann die sich als föderalistisch bezeichnende Dorten-Richtung zumindest im Auge behielt, da sie ähnliche Ziele für sich reklamierte wie Schmittmann selbst.

Die programmatische Ausrichtung des „Reichs- und Heimatbundes“ kann als christlich-konservativ und dezidiert föderalistisch bezeichnet werden. So forderte er einen föderativen Staatsaufbau von unten nach oben unter Anwendung des der christlichen Soziallehre entnommenen Subsidiaritätsprinzips,⁹⁵ eine berufsständische Gliederung der Gesellschaft sowie einen erneuerten, auf der Familie als Keimzelle basierenden Volksstaat.⁹⁶ An die Stelle des Macht- und Herrschafts-

⁸⁷ Vgl. Stehkämper, Schmittmann (wie Anm. 81), S. 214.

⁸⁸ Zur Haltung der Zentrumspartei in der Rheinstaatfrage vgl. Schlemmer, „Los von Berlin“ (wie Anm. 20), Kap. 3.2.1.2.

⁸⁹ Vgl. Kuhlmann/Moll, Schmittmann (wie Anm. 78), S. 233.

⁹⁰ Mitteilung Heldmann an den Kölner Rechtsanwalt Paul Esch vom 22.5.1920, in: Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStAM), Best. 340 Heldmann, Nr. 118. Vgl. ferner den Schriftwechsel zwischen Schmittmann und Heldmann vom 25.5., 5.6. und 24.6.1922, ebd.

⁹¹ Vgl. Kuhlmann/Moll, Schmittmann (wie Anm. 78), S. 230, 233.

⁹² Vgl. ebd., S. 233.

⁹³ Vgl. ebd.

⁹⁴ Vgl. Landeshauptarchiv Koblenz (LHAK), Best. 441, Nr. 28299, Bl. 324–332.

⁹⁵ Vgl. Strickmann, Schmittmann (wie Anm. 78), S. 54.

⁹⁶ Siehe Abschrift des Berichtes des Essener Polizeipräsidenten vom 13.12.1926, in: LHAK, Best. 403, Nr. 16823.

prinzips sollte das Genossenschaftsprinzip treten.⁹⁷ Hier fand das ebenfalls der christlichen Soziallehre entnommene Prinzip der Solidarität seinen Niederschlag. Zur neuen demokratischen Staatsform bekannte sich der Bund bei allen Reformwünschen ohne Umschweife.⁹⁸ Das Programm wandte sich vornehmlich an Arbeitnehmer, insbesondere an Angehörige der Mittelschichten, wenn neben der wirtschaftlichen und sozialen Selbstverwaltung eine schärfere staatliche Beaufsichtigung der Kartelle, die Milderung der Steuerlasten, die Besserstellung des Handwerks und der Achtstundentag gefordert wurden.⁹⁹

Der „Reichs- und Heimatbund deutscher Katholiken“ erstrebte die Beseitigung der preußischen Hegemonie sowie eine Neugliederung des Reiches gemäß Artikel 18 der Weimarer Reichsverfassung.¹⁰⁰ Die Aachener Bezirksregierung stellte in einem Bericht vom 21. August 1925 fest, dass der „Reichs- und Heimatbund“ „eine Zerstückelung Preußens durch die Loslösung Hessens, Niedersachsens und der Rheinlande von Preussen erstrebt“.¹⁰¹ Dabei berief sich der Bund, wie viele andere Vertreter der Rheinstaatbestrebungen respektive sonstiger Eigenbestrebungen auch, auf den Stammesgedanken und das Selbstbestimmungsrecht,¹⁰² welches mit der von Schmittmann vertretenen katholischen Soziallehre korrelierte, zu deren wesentlichen Bestandteilen die Prinzipien der Subsidiarität und des Solidarismus zählten.¹⁰³ Schmittmann betrachtete „den Föderalismus nicht nur als Aufbauprinzip des Staates, sondern für alle Gesellschaftsbereiche“.¹⁰⁴ In völliger Verkennung von Schmittmanns weltanschaulicher Position charakterisiert Henning Köhler diesen als Separatisten,¹⁰⁵ „katholisch-rheinischen Funda-

97 Vgl. ebd.

98 Vgl. ebd.

99 Vgl. ebd.

100 Vgl. ebd.

101 Zit. im Schreiben des Regierungspräsidenten von Wiesbaden an den Landrat in Weilburg vom 26.8.1925, in: HHStAW, Abt. 412, Nr. 96.

102 Vgl. Trierische Landeszeitung Nr. 218, 21.9.1926, Art. „Ist Föderalismus gleich Separatismus?“, in: LHAK, Best. 403, Nr. 13445, Bl. 583 (Zeitungsausschnitt).

103 Diese Prinzipien vertraten auch andere Föderalisten, namentlich die Bayerische Volkspartei (BVP), die den Solidarismus in ihr Programm aufnahm. Vgl. N. N., Föderalismus und Auslandspolitik im Deutschen Reiche, in: Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland 166 (1920), S. 495–511, hier S. 496. Das sich aus dem Prinzip der Solidarität ergebende Ordnungssystem des Solidarismus bemühte sich, auf der Solidaritätsphilosophie beruhend, um einen Ausgleich zwischen Kollektivismus und Individualismus.

104 Vgl. Kuhlmann/Moll, Schmittmann (wie Anm. 78), S. 231 f.

105 Vgl. Henning Köhler, Adenauer und die rheinische Republik. Der erste Anlauf 1918–1924, Opladen 1986, S. 258 f. Die Literatur zu Schmittmann sowie die einschlägigen Akten zum „Reichs- und Heimatbund Deutscher Katholiken“ hat Köhler, der sein

mentalisten“¹⁰⁶ und „rheinischen Ideologen“.¹⁰⁷ Zutreffender ist die von Alfred Kuhlmann und Helmut Moll vorgenommene Einordnung Schmittmanns als „Sozialpolitiker, Föderalist und Europäer“¹⁰⁸ beziehungsweise die von Martin Strickmann gewählte Bezeichnung als „rheinischen Föderalisten“ und „katholischen Gesellschaftstheoretiker“.¹⁰⁹

Für seine öffentlichen Versammlungen warb der „Reichs- und Heimatbund deutscher Katholiken“ in seinem Bundesorgan „Volk und Heimat“ und mittels des Verteilens von Flugblättern.¹¹⁰ Besonders im Norden der Rheinprovinz – so zum Beispiel in Essen – konnte der „Reichs- und Heimatbund“ vorübergehend Erfolge verzeichnen. Am 6. Dezember 1926 nahmen an einer Versammlung des Bundes in Essen zwischen 800 und 900 Menschen teil.¹¹¹ Dies ist umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, dass der Reichs- und Heimatbund kein Massenverein war, sondern ganz bewusst die gesellschaftlichen Eliten für sich zu gewinnen versuchte. Der recht beachtliche Erfolg Schmittmanns in der nördlichen Rheinprovinz wird wohl weniger auf ein dort besonders stark ausgeprägtes „rheinisches Bewusstsein“ zurückzuführen sein,¹¹² sondern eher auf dessen dezidiert katholischer und föderalistischer Ausrichtung basiert haben. Schließlich war der „Reichs- und Heimatbund“ keine genuin rheinische Organisation, die sich ausschließlich an „Rheinländer“ wandte, wenngleich die Ende 1925 gegründete Ortsgruppe Essen als „Bundesstelle Rheinland rechtsrheinisch“ firmierte¹¹³ und somit den rheinischen „Charakter“ dieser Ortsgruppe, deren Verortung im Rheinischen, hervorhob.

Urteil fast ausschließlich auf französische Quellen stützt, vermutlich nicht zur Kenntnis genommen.

106 Ebd., S. 258. Diese Klassifizierung Schmittmanns ist nicht nur in der Sprache polemisch, sondern auch in der Sache falsch. Zwar war Schmittmann tatsächlich dezidiert katholisch, nicht aber strengkirchlich bzw. „ultramontan“ oder integralistisch ausgerichtet. Vor 1918 unterhielt er intensive Kontakte zu den führenden Vertretern des „Volksvereins für das katholische Deutschland“, die gerade nicht für eine strenge innergesellschaftliche Abkapselung der Katholiken eintraten, sondern für den Ausbruch aus dem gesellschaftlichen „Ghetto“. Diese Position vertrat auch Benedikt Schmittmann. Vgl. Kuhlmann/Moll, Schmittmann (wie Anm. 78), S. 231.

107 Köhler, Adenauer (wie Anm. 105), S. 259.

108 Kuhlmann/Moll, Schmittmann (wie Anm. 78), S. 230.

109 Strickmann, Schmittmann (wie Anm. 78), S. 48.

110 Vgl. Abschrift des Berichtes des Essener Polizeipräsidenten vom 13.12.1926, in: LHAK, Best. 403, Nr. 16823.

111 Vgl. ebd.

112 Vgl. hierzu Schlemmer, „Los von Berlin“ (wie Anm. 20), Kap. 4.1.3.

113 Vgl. Abschrift des Berichtes des Essener Polizeipräsidenten vom 13.12.1926, in: LHAK, Best. 403, Nr. 16823.

Das Bundesorgan „Reich und Heimat“ wurde 1925 polizeilich beschlagnahmt, eine Maßnahme, die nach Einspruch des Bundes wieder aufgehoben werden musste.¹¹⁴ Schmittmann und seine Ehefrau Helene wurden vom geheimen Sonderamt „zur Separatistenabwehr“ observiert, das beim Kölner Regierungspräsidenten eingerichtet worden war.

Den hohen Stellenwert des katholischen Glaubens innerhalb der Organisation belegt allein der Eröffnungsgruß des Leiters der Essener Versammlung vom 6. Dezember 1926: Der Versammlungsleiter, Dr. Paul Boschmann aus Duisburg, begrüßte die Anwesenden mit den Worten „Gelobt sei Jesus Christus“.¹¹⁵ Schmittmann schloss seine Ausführungen mit der Devise: „Mit Gott für Reich und Heimat und für Freiheit, Arbeit und Recht“.¹¹⁶ Er stieß mit seinen Konzepten in weiten Kreisen des politischen Lebens – auch in seiner eigenen Partei – auf scharfe Ablehnung,¹¹⁷ die bei den extremen Flügelparteien in „unverhüllten Haß“¹¹⁸ umschlug. Schmittmanns Gegner sahen in dem „Reichs- und Heimatbund“ einen gefährlichen Zusammenschluss von Klerikalen, Großdeutschen und Föderalisten. Obwohl dem Bund nicht das Ziel einer Loslösung vom Reich nachgewiesen werden konnte, bezeichneten die politischen Gegner – der damaligen Diktion entsprechend – Schmittmanns Pläne als separatistisch,¹¹⁹ er selbst wurde „als Separatist und Landesverräter verleumdet“¹²⁰.

Die Zentrumspartei lehnte den „Reichs- und Heimatbund“ ab, da man – bei aller Wertschätzung föderalistischer Ansichten – eben nicht ins Lager der „Sonderbündler“ und Aktionisten gedrängt werden wollte, Schmittmann aber in den

114 Vgl. Schreiben des Regierungspräsidenten von Wiesbaden an den Landrat in Weilburg vom 26.8.1925, in: HHStAW, Abt. 412, Nr. 96.

115 Vgl. Abschrift des Berichtes des Essener Polizeipräsidenten vom 13.12.1926, in: LHAK, Best. 403, Nr. 16823. Weiter heißt es in dem Bericht: „Sodann begrüßte der Leiter die Versammlungsteilnehmer in der üblichen Weise, insbesondere die kath[olischen] Vereinigungen.“ Ebd.

116 Ebd.

117 Neben Teilen des Zentrums zählte Schmittmann im Grunde alle bedeutenden Parteien der Weimarer Republik zu seinen Gegnern, angefangen bei den Nationalsozialisten bis hin zu den Kommunisten. Vgl. Stehkämper, Schmittmann (wie Anm. 81), S. 213 f.; Kuhlmann/Moll, Schmittmann (wie Anm. 78), S. 234.

118 Kuhlmann/Moll, Schmittmann (wie Anm. 78), S. 234.

119 Vgl. hierzu Schlemmer, „Los von Berlin“ (wie Anm. 20), Dok. 23, S. 777 f. Auch der deutschationale Publizist Gottfried Traub setzte Schmittmanns Föderalismus mit Separatismus gleich. 1926 schrieb Traub in einer süddeutschen Zeitung: „Was besteht eigentlich noch für ein Unterschied zwischen diesem Föderalismus und dem Separatismus?“ Zit. nach: Trierische Landeszeitung Nr. 218, 21.9.1926, Art. „Ist Föderalismus gleich Separatismus?“, in: LHAK, Best. 403, Nr. 13445, Bl. 583 (Zeitungsausschnitt).

120 Kuhlmann/Moll, Schmittmann (wie Anm. 78), S. 234.

Augen vieler Gegner als (verkappter) Separatist betrachtet und politisch scharf bekämpft wurde.¹²¹ Die „Kölnische Volkszeitung“ distanzierte sich von der Art und Weise sowie vom Zeitpunkt des Vorgehens des Schmittmannschen Bundes, schien dessen Grundanliegen jedoch grosso modo zu teilen:

„Als das Suchen nach einer dem Charakter der Deutschen und des deutschen Landes angemessenen Form der öffentlichen Funktion hat diese Bewegung ihre natürliche Berechtigung. Aber ist der Gedanke durch die Art, wie der deutsche Organisierdrang sich seiner angenommen hat, etwa gefördert worden? Nützt es ihm wirklich, daß es schon verschiedene – wir wissen nicht genau wieviele – Bünde gibt, die sich großdeutsche oder föderalistische Ziele gesteckt haben? Nützt ihm schliesslich das gänzlich unpolitisch kühne Hinwegsetzen über zeitliche und räumliche Hindernisse, die Nichtbeachtung wichtiger politischer Überlegungen, ja von Hemmungen und Zweifeln, die in der verschiedenen Auffassung der Ziele unter den Vorkämpfern selbst gegeben sind! Schaffen wir uns zuerst klare Begriffe und nüchterne Einsicht in das, was dem deutschen Volke heute und morgen am nötigsten ist. Da wollen wir dann fest anpacken und im übrigen – etwas mehr Geduld haben!“¹²²

Dem Nationalsozialismus setzte Schmittmann in den Publikationsorganen „Reich und Heimat“ sowie „Heimat und Volk“ frühzeitig Widerstand entgegen.¹²³ Schmittmanns Verfolgung durch den nationalsozialistischen Staat ist nicht zu trennen von seinem Engagement für die föderalistische Reichsreform und den Rheinstaat. Als er am 29. April 1933 in seinem Kölner Haus von einer SA-Einheit überfallen und abtransportiert wurde, beschimpften die SA-Männer ihn als „Separatistenschwein“.¹²⁴

121 „Das offizielle Zentrum lehnt die neue Vereinigung noch ab.“ Wochenausgabe „Internationale Pressekorrespondenz für Politik, Wirtschaft & Arbeiterbewegung“ Nr. 2, 10.1.1925, in: HHStAW, Abt. 412, Nr. 96 (Abschrift). Zur Haltung der Zentrumspartei und der zentrumsnahen Presse vgl. auch Schlemmer, „Los von Berlin“ (wie Anm. 20), Kap. 3.2.1.2.

122 Zit. nach: Wochenausgabe „Internationale Pressekorrespondenz für Politik, Wirtschaft & Arbeiterbewegung“ Nr. 2, 10.1.1925 (Abschrift), in: HHStAW, Abt. 412, Nr. 96.

123 Vgl. Stehkämper, Schmittmann (wie Anm. 81), S. 215.

124 Vgl. Kuhlmann/Moll, Schmittmann (wie Anm. 78), S. 235.

3. Zusammenfassung und historische Einordnung

Gewiss war Köln ein Zentrum der Rheinstaatbestrebungen; genauso sicher aber war die Stadt keine Hochburg dieser Bestrebungen. Weder die Wahlergebnisse der CVP in den Jahren 1920/1921 noch die Ereignisse im Jahr 1923 lassen darauf schließen, dass die unterschiedlichen Spielarten der Rheinstaatbestrebungen stets nach Köln geschielt oder gar ihre „Marschbefehle“ von dort erhalten hätten. Im Gegenteil: Unmittelbar nach der ersten Proklamation der „Rheinischen Republik“ am 1. Juni 1919 durch Hans Adam Dorten wandte sich der den Rheinstaatgedanken befürwortende Aachener „Volksfreund“ am 2. Juni 1919 mit deutlichen Worten gegen die „Kölnische Volkszeitung“:¹²⁵

„Meldungen aus Mainz und Wiesbaden zufolge ist am gestrigen Sonntag in Wiesbaden die Rheinische Republik ausgerufen worden. [...] Die ‚K. V.‘ meint [...], diese Republik werde vom Volke nicht anerkannt werden. Das Cölner Blatt möge sich beruhigen. Es möge vor allem endlich begreifen, daß Köln keineswegs die ganzen Rheinlande, Alt-Nassau, Rheinhessen und die Rheinpfalz darstellt, und daß das rheinische Volk es sich gründlich verbittet, sich von Köln aus unter dem Drucke eines sozialdemokratischen und liberalen Terrors Vorschriften machen zu lassen. Köln mag ruhig die Abstimmung des rheinischen Volkes über die Rheinische Republik abwarten. Wir haben nicht die geringsten Zweifel, daß die übergroße Mehrheit unserer rheinischen Landesgenossen sich mit aller Entschiedenheit für die Republik erklären wird. [...] Die Herrschaften in Köln, gleichviel welcher politischer Färbung, mögen sich gesagt sein lassen, daß die Rheinische Republik wenn nicht mit, dann gegen Köln errichtet wird.“

Zu der vermeintlichen oder tatsächlichen Kölner Passivität wird sicher die Tat- sache beigetragen haben, dass in der Domstadt keine französische oder belgische, sondern eine britische Besatzung ihren Standort hatte, welche die rheinischen Aktivisten nicht ohne Weiteres als ihre Verbündete betrachten konnten. Separatistische Aktionen wie in anderen Teilen des besetzten Gebietes blieben somit in Köln aus, die Ausrufung der Rheinischen Republik erfolgte 1919 in Wiesbaden, 1923 in Koblenz, während die putschistischen Aktivitäten im Herbst 1923 ihren Ausgang in Aachen hatten.

125 Der Volksfreund, Aachener General-Anzeiger für Stadt und Land Nr. 127, 2.6.1919.

Auch die „Kölnische Volkszeitung“ war in ihrem Engagement für einen von Preußen getrennten Rheinstaat kein Solitär; Zeitungen mit ähnlicher Ausrichtung in Aachen („Der Volksfreund“, „Echo der Gegenwart“), Rheinhessen („Rheinische Volkszeitung“), Trier („Trierische Landeszeitung“), aber auch im niederrheinischen Neuss („Neuss-Grevenbroicher Zeitung“)¹²⁶ sowie im benachbarten Westfalen¹²⁷ plädierten in der Umbruchphase Ende 1918 für eine Trennung vom preußischen Gesamtstaat. Eine dezidiert separatistische Gesinnung des Blattes lässt sich auf Grundlage der bisher bekannten Quellen nicht belegen.

Die Bezeichnung der als „Aristo-Separatisten“ vorgestellten Personen ist in doppelter Hinsicht irreführend und daher nur unter Vorbehalt zu verwenden. Zum einen handelte es sich überwiegend eben nicht um Separatisten, sondern um Befürworter einer rheinischen Autonomie im Reichsverband, welcher im föderalistischen Sinne hätte umstrukturiert werden sollen. Zum anderen ist auch der Begriff des „Aristokratischen“ zu ungenau und somit für eine Beschäftigung mit dem umfangreichen Thema der Rheinstaatbestrebungen in ihren verschiedenen Ausprägungen wenig hilfreich. Statt von „Aristo-Separatisten“ ist eher von überzeugten, zunächst aber recht erfolglosen und weitgehend isolierten Föderalisten oder Autonomiebefürwortern zu sprechen. Der Erfolg sollte sich – wenn man es denn so sehen möchte – mit Gründung der westdeutschen Bundesländer am Rhein erst etliche Jahre später einstellen.

Künftige Untersuchungen sollten den Fokus stärker auf einzelne Protagonisten wie Deermann, Kastert oder auch Dreesmann richten und auf diesem Wege zur weiteren Erhellung des Untersuchungsgegenstandes beitragen. Schließlich wäre auch Schmittmanns „Reichs- und Heimatbund deutscher Katholiken“ einer näheren, kontextualisierenden Betrachtung zu unterziehen. Wollte man zum Schluss die Bedeutung der Kölner Rheinstaatbestrebungen für deren Gesamtheit in einem Satz charakterisieren, scheint ein Bild aus dem Bereich der Musik hilfreich: Köln stellte wichtige Stimmen im Konzert, aber eben nicht das gesamte Orchester. Der in den Verwaltungsakten begegnende Begriff der „Aristo-Separatisten“ war letztlich nicht mehr als eine Chimäre in einer bewegten, für Freund und Feind des Rheinstaatgedankens unübersichtlichen Zeit.

126 In den Ausgaben vom 10., 11. und 12.6.1919 sprach sich die „Neuss-Grevenbroicher Zeitung“ für die Rheinische Republik aus. Argumentativ ins Feld geführt wurden die Abgrenzung vom „noch immer auflodernden Bolschewismus“ sowie das „Recht der Selbstbestimmung“, ausführlicher zit. bei Schlemmer, „Los von Berlin“ (wie Anm. 20), S. 133 f., Anm. 542.

127 Vgl. hierzu Eduard Schulte, Münstersche Chronik zu Novemberrevolte und Separatismus 1918. Tagebücher, Berichte, Akten, Briefe, Zeitungen, Plakate, Bilder, Münster in Westfalen 1936.

Autoren

Niklas Hack (*1993), M. A., ist seit 2020 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Europäische Sportentwicklung und Freizeitforschung der Deutschen Sporthochschule Köln.

Axel Heimsoth (*1964), Dr. phil., ist Kurator für das 19. Jahrhundert in der Abteilung für Industrie- und Zeitgeschichte des Ruhr Museums, Essen.

Andreas Höfer (*1960), Dr., ist seit 2013 Direktor des Deutschen Sport & Olympia Museums in Köln.

Markus Köster (*1966), Prof. Dr. phil., ist Leiter des LWL-Medienzentrums für Westfalen in Münster und Honorarprofessor am Historischen Seminar der Universität Münster.

Florian G. Mildenberger (*1973), Dr. phil. habil., lehrte 2011–2020 als außerplanmäßiger Professor Geschichte der Medizin an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder und lebt seither als Privatgelehrter und Schriftsteller in Berlin.

Ansgar Molzberger (*1972), Dr. Sportwiss., ist Sporthistoriker an der Deutschen Sporthochschule Köln.

Timo Nahler (*1985), M. A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Archivar der Arolsen Archives – International Center on Nazi Persecution. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Stadtarchivs Münster forschte er 2021–2023 zu Münsters marginalisierten NS-Verfolgten.

Martin Schlemmer (*1975), Dr. phil., ist Oberstaatsarchivrat am Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Fachbereich Grundsätze, Duisburg.

Mathias Schmidt (*1985), B. A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Sport & Olympia Museum in Köln.

Oliver Schmidt (*1979), Dr. phil., ist Leiter des Sauerland-Museums des Hochsauerlandkreises in Arnsberg.

Hans-Christoph Seidel (*1962), PD Dr., ist Geschäftsführer des Instituts für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum und der Stiftung Geschichte des Ruhrgebiets in Bochum.